

Offene Hochschulen sichern – 17-Punkte-Programm für eine moderne Hochschulpolitik in Deutschland

Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Gute und ganzheitliche Bildung für alle entscheidet mehr denn je über die Aufstiegs- und Lebenschancen der Menschen, die künftige Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie den Wohlstand in unserem Land und die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Demokratie.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und gleiche Chancen auf bessere Bildung für alle Menschen zu verwirklichen. Aufstieg *durch* Bildung setzt auch mehr Aufstiegsmöglichkeiten *in* der Bildung voraus. Auch der steigende Fachkräftebedarf ist ohne einen erhöhten Beitrag der Hochschulen nicht zu decken. Der Hochschulpolitik kommt auf dem Weg zu diesen Zielen eine zentrale Schlüsselrolle zu.

Deutschland braucht mehr Studierende. Wer studieren will, muss dazu die Möglichkeit erhalten. Ein Studium darf nicht am Geld, an fehlenden Studienplätzen oder anderen Barrieren scheitern. Unser Ziel bleibt es, möglichst vielen jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten ein gutes Studium zu ermöglichen und die Durchlässigkeit ins Hochschulsystem zu verbessern. Dafür brauchen wir starke und offene Hochschulen.

Der Bildungsgipfel von Bund und Ländern bietet eine hervorragende Chance, in der Hochschulpolitik wichtige Fortschritte zu erzielen. Deutschland braucht konkrete, verbindliche Vereinbarungen zur nachhaltigen Verbesserung des Hochschulsystems. Daran müssen die Ergebnisse des Gipfels gemessen werden.

Für die SPD stehen **moderne, offene Hochschulen** im Mittelpunkt:

I. Offen für mehr Studierende - Hochschulpakt für die Studierenden

Die Zahl der Studienberechtigten wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Diese Chance muss genutzt werden. Deutschland braucht mehr Studierende. Die SPD setzt sich für einen Hochschulpakt II ein, der als „Pakt für die Studierenden“ klar auf den weiteren Ausbau der Studienkapazitäten und auf die Verbesserung der Qualität in Studium und Lehre ausgerichtet wird.

1. **Mehr Studienplätze:** Im Mittelpunkt eines weiterentwickelten Hochschulpaktes müssen konkrete Maßnahmen zum Ausbau der Studienkapazitäten stehen. Bundesweit wollen wir mindestens 200.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 erreichen. Ein Studium darf nicht an fehlenden Studienplätzen scheitern. Die Unsitte, über lokale Zugangsbeschränkungen Hochschulen abzuschotten, muss endlich aufhören.
2. **Zulassungsverfahren verbindlich vereinfachen:** Die gegenwärtige chaotische Situation im Zulassungsverfahren für Hochschulen ist nicht hinnehmbar. Wir fordern die

Länder und die Hochschulen auf, zu verlässlichen, die Studierenden entlastenden effizienten wie transparenten Hochschulzulassungsverfahren zu kommen. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht dabei ausser Frage, dass die Hochschulen sich an dem Zulassungsservice der neu zu gründenden Stiftung flächendeckend zu beteiligen haben – ein “one stop shop” sowohl für die Studierenden wie für die Hochschulen ist der einzig sinnvolle weg, mit knappen Studienplätzen sinnvoll umzugehen.

3. **Besseres Studium:** Gute Lehre muss an den Hochschulen den gleichen Stellenwert haben wie gute Forschung. Der Hochschulpakt II muss einen wichtigen Beitrag dazu leisten, auch die Qualität der Lehre zu verbessern.
4. **Gerechtere Finanzierung:** Die SPD fordert, dass im Rahmen des Hochschulpakts II Bund und Länder gemeinsam vereinbaren, das Modell “Geld folgt den Studierenden” (Vorteilsausgleich) schnellstmöglich einzuführen. Nur so kann der Zustrom der Studierenden in den kommenden Jahren bewerkstelligt und eine gerechte Verteilung der Lasten gesichert werden. Das damit etablierte Wettbewerbssystem setzt Anreize für ein quantitatives wie qualitatives Studierangebot unter den Ländern.

II. Offen für den wissenschaftlichen Nachwuchs – Juniorprofessur stärken

Wir müssen dem wissenschaftlichen Nachwuchs hervorragende Arbeitsbedingungen und klare Zukunftsperspektiven geben. Der mit dem Hochschulpakt I und der Exzellenzinitiative begonnene Personalausbau muss fortgesetzt und vor allem deutlich verstärkt werden.

5. **Juniorprofessur stärken:** Die SPD-Bundestagsfraktion fordert im Rahmen des Hochschulpaktes II eine Stärkung der Juniorprofessur zu vereinbaren. Dies ist auch international anerkanntes hervorragendes Mittel zur Verbesserung der Lehre und Eröffnung von Berufsperspektiven für den qualifizierten Nachwuchs. Sie ist auch eine Chance für die eine deutliche Steigerung der Frauenquote an den Hochschulen.
6. **Tenure Track einführen:** Die Länder und Hochschulen sind aufgefordert, verstärkt verlässliche Karrierewege im Sinne des “tenure track” anzubieten und so dem wissenschaftlichen Nachwuchs klare Berufs- und Zukunftsperspektiven zu bieten.
7. **Exzellenzte Nachwuchsförderung stärken:** Die SPD fordert im Rahmen der Exzellenzinitiative II eine deutlichen Ausbau der Förderung der Nachwuchsförderung, also der Graduiertenschulen in der ersten Förderlinie.

III. Offen für beruflich Qualifizierte – Studium ohne Abitur erleichtern

Die SPD wird die Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und so die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Wir erwarten hiervon einen signifikanten Beitrag, unseren steigenden Fachkräftebedarf besser decken zu können. Dafür werden wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur durchsetzen und neue finanzielle Anreize sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen setzen. Unser Ziel ist es, die Zahl der Studierenden ohne Abitur bis 2015 mindestens auf 30.000 zu verdreifachen.

8. **Bessere Zugangsansprüche:** Wir wollen, dass bundesweit ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss für ein Hochschulstudium qualifiziert. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss mindestens einen bundesweit fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.
9. **Spezifische Studiengänge fördern:** Wir wollen den Hochschulen Anreize geben, offene Studienangebote für beruflich Qualifizierte ohne Abitur zu entwickeln. Bereits im Betrieb oder über die berufliche Ausbildung erworbene Kompetenzen sollen für Personen mit und ohne Abitur verlässlich angerechnet werden. Dafür muss das Studium flexibel gestaltet und ein strukturiertes Teilzeitstudium auch als berufsbegleitendes Studium ermöglicht werden. Wir wollen den Zugang zu Masterprogrammen auch für beruflich Qualifizierte öffnen.
10. **BAföG ausweiten:** Wir wollen auch die individuelle Förderung auf die flexiblen Studiengänge ausrichten und BAföG für Teilzeitstudierende öffnen. Als sozial gerechter Rechtsanspruch ergänz dieses erweiterte BAföG die vor kurzen ermöglichten Aufstiegsstipendien des Bundes.

IV. Offen für mehr Frauen – Gleichstellung in der Wissenschaft fördern

Für die SPD hat eine aktive Gleichstellungspolitik in Wissenschaft und Forschung oberste Priorität. Denn trotz der erfreulichen Entwicklung der Frauenquote sowohl bei den Studierenden wie den Hochschulabsolventen sind Frauen innerhalb der wissenschaftlichen Karriere, insbesondere bei den Leitungspositionen in Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen, weiterhin unterrepräsentiert. Wir müssen in der Gleichstellungspolitik Fortschritte erzielen, um nicht weiter enorme Qualifikationspotenziale zu vergeuden und jungen Akademikerinnen Karriere- und Entfaltungschancen zu nehmen.

11. **Verbindliche Gleichstellungsziele:** Wir wollen verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung. Wir fordern auf Basis des Kaskadenmodells auf jeder Qualifikationsstufe die Geschlechterausgewogenheit zu verbessern.
12. **Förderprogramm für Frauen im akademischen Mittelbau:** Wir fordern ergänzend zum Professorinnenförderprogramm von Bund und Ländern ein Förderprogramm zur Steigerung der Frauenquote im wissenschaftlichen Mittelbau, idealer Weise verzahnt mit dem von uns vorgeschlagenen Juniorprofessurprogramm.
13. **Wiedereinstieg erleichtern:** Wir schlagen die Einrichtung eines neuen Stipendienprogramms für den Wiedereinstieg von Wissenschaftlerinnen in die Lehre und Forschung vor zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

V. Offen für Spitzenforschung – Voraussetzungen für Exzellenzinitiative II schaffen

Die SPD hat mit der Exzellenzinitiative I bedeutende inhaltliche Impulse für die deutsche Wissenschaftslandschaft und zur Weiterentwicklung der Hochschulen gesetzt. Diese positive Entwicklung muss fortgesetzt werden. Eine angemessene Fortsetzung kann aber nicht einfach aus der Fortschreibung des Bisherigen bestehen. Es muß zudem darauf geachtet werden, dass die Voraussetzungen für eine echte Chancengleichheit im Wettbewerb schrittweise erreicht werden können.

14. **Wettbewerbscharakter erhalten:** Für die SPD ist klar, dass die Exzellenzinitiative als Wettbewerb erhalten und neue Förderanträge eine echte Erfolgchance haben müssen.
15. **Strukturförderung parallel ausbauen:** Die SPD fordert die Weiterführung der Exzellenzinitiative mit der Vorgabe, dass auch Länder/Regionen mit Nachholbedarf beim Aufbau von Spitzenwissenschaften unterstützt werden. Dies gilt auch für die Ansiedlung von gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen (z.B. MPG/HGF) in Ländern/Regionen ohne gewachsene Wissenschaftsstrukturen.
16. **Nachwuchsförderung und Exzellenzcluster stärken:** Die SPD wird den Schwerpunkt der Exzellenzinitiative II bei der Nachwuchsförderung (Graduiertenschulen) sowie bei der Förderung exzellenter Fachgebiete (Exzellenzcluster) setzen.

VI. Offen für lebenslanges Lernen – wissenschaftliche Weiterbildung ausbauen

Wir wollen, dass die Hochschulen ihre Potenziale für die Stärkung der Weiterbildungskultur in Deutschland nutzen. Darin liegen große Chancen – für die Hochschulen wie für den Ausbau der Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems.

17. **Weiterbildung an Hochschulen fördern:** Wir wollen die Hochschulen stärker für die Fort- und Weiterbildung öffnen. Dazu gehört ein Anreizsystem von Bund und Ländern zur Schaffung spezifischer Lehrangebote von Fach- und Führungskräften sowie der Weiterqualifizierung von Arbeitslosen mit Hochschulabschluss ebenso wie die Stärkung der wissenschaftlichen Weiterbildung.

Der derzeitige Stand des Maßnahmenpapiers zum Gipfel ist angesichts dieser Herausforderungen allerdings enttäuschend. Bund und Länder werden aber an den hochschulpolitischen Herausforderungen gemessen werden und an den großen Ankündigungen im Vorfeld des Gipfels.